



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 160. Ratssitzung vom 12. November 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/332 und 2025/503

5388. 2025/332

Weisung vom 20.08.2025:

Human Resources Management, Einführung CMplus, neue wiederkehrende Ausgaben

Antrag des Stadtrats

Für CMplus werden neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 600 000.– bewilligt.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/332 und 2025/503

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Dr. Jonas Keller (SP): *CMplus ist eine Weiterentwicklung des städtischen Case Management. Dieses freiwillige Angebot unterstützt Mitarbeiter*innen, die wegen Unfall oder Krankheit länger nicht arbeitsfähig sind, um langfristig die Arbeitsfähigkeit zu erhalten und eine Invalidisierung zu verhindern. CMplus geht auf die Motion GR Nr. 2016/398 zurück, die dem Stadtrat als Postulat überwiesen wurde. Das hat ein Pilotprojekt ausgelöst, das ursprünglich vom 1. April 2020 bis zum 31. Dezember 2023 laufen sollte und um zwei Jahre verlängert wurde. Das Pilotprojekt soll mit der Weisung verstetigt werden. Ziel von CMplus ist es, Mitarbeiter*innen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit nach der Auflösung des Arbeitsverhältnisses aus gesundheitlichen Gründen weiter in befristeten Anstellungen zu behalten und ihnen schlussendlich eine Weiterbeschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, sei es bei der Stadt oder bei privaten Arbeitgeber*innen. Teil von CMplus ist deshalb neben den befristeten Einsätzen in der Stadtverwaltung ein Jobcoaching. In diesen Einsätzen unterstützen die Teilnehmer*innen Dienstabteilungen in ganz verschiedenen Bereichen, wobei uns aufgefallen ist, dass einige Dienstabteilungen dezidiert mehr Integrationsstellen und Arbeitsversuche stemmen als andere. Der Pilotversuch wurde von der Hochschule Luzern wissenschaftlich begleitet. Diese kam zum Schluss, dass CMplus für alle Beteiligten einen Mehrwert hatte. Der zusätzliche Aufwand der Personalverantwortlichen und Vorgesetzten wird als verhältnismässig gesehen. Insbesondere die Vermittlung von Einsatzplätzen und das Jobcoaching stellen gemäss der Befragung für alle Zielgruppen einen Mehrwert dar. Bis jetzt haben insgesamt 224 Personen an CMplus teilgenommen. Davon sind 161 Fälle abgeschlossen. 128 Personen, also 79 Prozent, haben eine Anschlusslösung im ersten*



Arbeitsmarkt gefunden. Gut ein Drittel hat über Integrationsmassnahmen des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) oder der Invalidenversicherung (IV) etwas gefunden. 21 Prozent der Fallabschlüsse haben keine Anschlusslösung im ersten Arbeitsmarkt erreicht. Die Verstetigung des Projekts CMplus wird den Haushalt um zusätzlich 600 000 Franken belasten, die mit dieser Weisung beantragt werden. Zusätzlich entstehen rund 400 000 Franken für personelle Folgekosten, die nicht Teil der Weisung sind. Für die Kommissionsmehrheit ist die Erweiterung des Case Managements eine sinnvolle Ergänzung bisheriger Massnahmen. Sie sieht es als Erfolg, wenn qualifizierte und motivierte Arbeitnehmer*innen im ersten Arbeitsmarkt bleiben können, auch wenn das einen finanziellen und generellen Mehraufwand bedeutet. Die Kommissionsmehrheit, bestehend aus SP, FDP, Grünen, GLP, Die Mitte, EVP und AL, beantragt Zustimmung.

Kommissionsminderheit:

Samuel Balsiger (SVP): Grundsätzlich befürworten wir es, Menschen, die bei der IV landen könnten, in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Doch wir müssen genauer hinschauen. Denn es geht hier um städtische Mitarbeitende, denen die Stadt kündigt, da sie aufgrund von Krankheit nicht mehr tragbar seien. Dann schickt die Stadt diese Menschen, deren Vertrag sie eben aufgelöst hat, in ein eigens dafür gegründetes Sonderprojekt. Nicht die bösen Kapitalisten, sondern die Stadt entlässt ihre Mitarbeiter und wendet dann Millionenbeträge auf, um sie weiter zu beschäftigen. Das ist irrsinnig. In keinem privaten Betrieb würde es so laufen. Alles, was die Stadt als grossen Erfolg feiert, muss man hinterfragen. Diese Aufgabe übernimmt die SVP, da es den anderen Parteien egal ist. Wir haben herausgefunden: Die Stadt versteht sich selbst als ersten Arbeitsmarkt. Tatsächlich wurden also nicht 53 Personen vermittelt, sondern nur 25 Personen. Der Rest fand nicht in der Privatwirtschaft Beschäftigung, sondern beim Staat. Der Staat zählt doch nicht als erster Arbeitsmarkt. Erster Arbeitsmarkt bedeutet: Eine Privatfirma entscheidet, dass es ihr wert ist, einen Arbeitnehmer zu bezahlen. Zusätzlich zu dieser Lüge feiert die Stadt es als Erfolg, dass ein gewisser Teil der Leute an die IV übermittlelt wurde. Dass der Staat Menschen an eine andere staatliche Stelle vermittelt, ist kein Erfolg. Pro vermittelte Stelle fallen 94 000 Franken Steuern an. Auf den zweiten Blick stellt sich heraus, dass die tatsächlichen Kosten 600 000 Franken wiederkehrend betragen. Zählt man die internen Personalkosten dazu, kommt man auf 1 Million Franken pro Jahr. In den fünf Jahren des Projekts hat man also 5 Millionen Franken ausgegeben und ein paar wenige Leute wirklich in die Privatwirtschaft integriert. Für mich klingt das nach einem gescheiterten Projekt, das nicht funktionieren kann. Das Geld könnte man in Entlastungen für die Privatwirtschaft stecken. Es ist zum Beispiel viel dringender, Gebühren, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge für Kleinunternehmer zu senken oder Krankenkassenprämien für den Normalbürger zu verbilligen. Man könnte die Mehrwertsteuer oder die ausufernde Anzahl Angestellte der Stadtverwaltung senken. Der Staat sollte sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Das gelingt ihm momentan nicht. Häusliche Gewalt und Femizide breiten sich aus, seit wir die Grenzen geöffnet haben. Jedes Wochenende finden in Zürich Massenschlägereien und Messerstechereien statt. Wir fordern, dass unsere Steuergelder sinnvoll ausgegeben werden.



Anjushka Früh (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2025/503 (vergleiche Beschluss-Nr. 5327/2025): Das Projekt CMplus ist weiterhin unterstützenswert. Es gibt aber Bereiche, in denen man CMplus ausbauen könnte. Bereits mit der Motion GR Nr. 2016/399, die dann in ein Postulat umgewandelt wurde, wurde eine dauerhafte Integration von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen in der Stadtverwaltung gefordert. Dieses Postulat wurde im Geschäftsbericht mit der Begründung abgeschrieben, dass das Anliegen im Rahmen der heutigen Weisung ins Projekt CMplus integriert würde. Meines Erachtens ist das Projekt CMplus heute darauf ausgelegt, Menschen mit vorübergehenden gesundheitlichen Schwierigkeiten die notwendige Unterstützung zu bieten, um die Wiedereingliederung zu erreichen. Andererseits geht aus den Zahlen, die uns in der Kommissionsberatung zur Verfügung gestellt wurden, hervor, dass das Projekt primär darauf ausgerichtet ist, dass die Wiedereingliederung nicht in der Stadtverwaltung, sondern bei externen privaten Arbeitgeber*innen stattfindet. Das ist nicht per se schlecht, doch es gibt da ungenutztes Potenzial. Die Invalidenversicherung geht, gestützt auf den hypothetischen sogenannten ausgeglichenen Arbeitsmarkt, davon aus, dass es für alle irgendwo einen Nischenarbeitsplatz gibt. Es ist unsere Aufgabe als Gesellschaft, auch die Integration von dauerhaft oder auf längere Zeit gesundheitlich eingeschränkten Personen zu ermöglichen. Da kann die Stadt Zürich ihre Vorbildfunktion und Verantwortung als grosser Arbeitgeber noch stärker wahrnehmen. Deshalb fordern wir mit diesem Begleitpostulat, dass mehrjährige Integrationsstellen angeboten werden; nicht nur Stellen, die auf einige Monate beschränkt sind, wie das heute in der Regel der Fall ist. So sollen die betroffenen Personen die benötigte Zeit haben, um sich gesundheitlich zu erholen. Andererseits fordern wir – das ist mein persönliches Hauptanliegen – was schon die Motion GR Nr. 2016/399 gefordert hat: eine dauerhafte Integration von gesundheitlich beeinträchtigten Personen in der Stadtverwaltung. Die Stadt Zürich soll das aktiv fördern. Diesen Aspekt hat das Projekt CMplus noch zu wenig beachtet. Damit kann vielen Menschen, beispielsweise auch jenen mit chronischen Erkrankungen, eine Eingliederung nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen ermöglicht werden. Ich habe erstaunt gesehen, dass der Stadtrat das Postulat ablehnt. Auf die Begründung bin ich sehr gespannt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Dieses Projekt ist in der Tat eine Erfolgsgeschichte. Es ist mit relativ geringem Einsatz gelungen, Leute, die in der Regel ausgesteuert werden, weil sie aus verschiedenen Gründen akut nicht arbeitsfähig sind, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Quote von rund 70 Prozent hat mich überrascht. Natürlich ist es damit nicht getan. Dass das RAV diese Fälle entgegennimmt, zeigt aber, dass sie wieder vermittlungsfähig sind und am Arbeitsmarkt teilnehmen können. Das Ganze ist übrigens freiwillig. Niemand muss an CMplus teilnehmen. Samuel Balsiger (SVP) hat mehrere Unwahrheiten verbreitet. Sie sagen, diese Leute wurden entlassen. Haben Sie die Vorlage überhaupt gelesen? Die Mitarbeitenden sind noch angestellt, aber vorübergehend nicht arbeitsfähig. Ihre Darstellung ist falsch. Weiter behauptet die SVP, die Stadt zähle nicht als erster Arbeitsmarkt. Da wird sich die Polizei aber freuen, wenn ich ihren Angestellten sage, laut der SVP seien sie nicht Teil des ersten, sondern des zweiten Arbeitsmarkts. Die Stadt als Arbeitgeber zu disqualifizieren oder davon auszunehmen, macht



keinen Sinn. Selbstverständlich muss man das Angebot noch weiterentwickeln. In der Kommission konnten wir darlegen, dass das Angebot noch nicht in alle Dienstabteilungen durchgedrungen ist. Wir bleiben da dran. Das Postulat lehnt der Stadtrat ab, weil es zwei Dinge miteinander vermischt, die nicht zusammengehören. Das wissen die Postulant*innen eigentlich auch. Bei CMplus geht es um Leute, die vorübergehend nicht beschäftigungsfähig sind und in eine Invalidität abrutschen könnten. Diese Menschen sollen wieder integriert werden. Eine der drei Hauptforderungen des Postulats ist, dass man mehr Stellen schafft. Wir haben den Eindruck, wir haben genügend Stellen. Wir würden aber selbstverständlich mehr schaffen, wenn es Bedarf gäbe. Da darf man uns ruhig vertrauen. Die anderen beiden Forderungen gehen auf etwas ein, das CMplus nicht leisten kann. Für Leute, die dauerhaft nicht arbeitsfähig sind, kann dieses spezifische Projekt nichts tun. Das muss man ganz anders aufgleisen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): Die FDP-Fraktion findet die Weisung eine gute Sache. Wir unterstützen den Antrag des Stadtrats vollumfänglich. Ich möchte mich gegen den Vorwurf wehren, das Projekt sei Unsinn oder Geldverschwendung. Das ist es unseres Erachtens nicht. Es ist absolut sinnvoll zu versuchen, einem Buschauffeur, der aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht mehr Bus fahren kann, eine andere Beschäftigung zu vermitteln. Das ist sowohl im Interesse des Buschauffeurs als auch im Interesse der Stadt, da sie eine andere Stelle mit ihm besetzen kann. Aber auch unserer Gesellschaft und unseren Sozialwerken ist damit gedient. Darum unterstützen wir diese Vorlage. Das Begleitpostulat lehnen wir ab. Die Argumente des Stadtrats können wir nachvollziehen. Ich glaube, das Postulat wurde nicht zufällig kurz vor den Wahlen eingebracht. Die zusätzlichen Ausgaben, die es bedeuten würde, sind einfach nicht nötig.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 161, Beschluss-Nr. 5388/2025).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat